

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Dreitagschrift
Tageblatt Riesa.
Bote des Amtsgerichts Riesa.
Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsschuldenkasse beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördliche Blatt.

Redaktionssitz:
Dresden 1880.
Girokonto:
Riesa Nr. 52.

Nr. 144.

Freitag, 22. Juni 1928, abends.

81. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Aufschlag. Für den Fall des Eintretens von Verbulletionsverhinderungen, Erhöhung der Bühne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Ausgaben für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Wochen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20. am breite 3 zum halben Grundpreis-Zelle (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 20. am breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; Zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Festliche Tafeln, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Auslieferungs- und Umlaufsort: Riesa. Rüttigste Unterhaltungsbeilage "Friedländer an der Elbe". Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwie wichtiger Störungen des Betriebes der Druckerei, der Dienststellen oder der Vertriebsbehörden — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Sicherung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Danner & Winterlich, Riesa. Geschäftsräume: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Bittner, Riesa.

Politische Krise in Paris.

Es ist in Frankreich von jeder schwer gewesen, auf Grund eines Wahlergebnisses die politische Richtung der Kammer zu bestimmen, da es in Frankreich Fraktionen mit keinem politischen Programm nicht gibt. So beginnt sich jetzt eine merkwürdige innerpolitische Kräfteverschiebung nach links hin zu vollziehen. Schon im Jahre 1924 war eine solche Umgruppierung, die im Gegensatz zu den Wahlergebnissen zu stehen scheint, zu beobachten. Damals hatte das Kartell der Linksparteien bei den Wahlen den Sieg davongetragen. Schwere politische Fehler und eine wenig geschickte Führung ergaben aber dann ein ständiges Anwachsen rechtsgerichteter Kräfte. Der nationale Block war das Ergebnis des sogenannten Linkswahl. Augenfälliglich vollzieht sich etwas ähnliches nach der anderen Seite hin. Das Wahlergebnis deutete auf einen Sieg der Rechten und der gemäßigten Mitte. Von den 150 Abgeordneten, die auf das rechtsextreme Programm Marins gewählt waren, sind aber nur 102 der Fraktion beigetreten. Das restliche Drittel hat sich den Mittelgruppen zugewandt, sodass die Machtstellung der Linken stärker ist als es anfangs den Anschein hatte.

Die Wahlen an den Ausschüssen und den Büros haben die ausgesprochenen Rechten Niederlagen gebracht, die man nicht erwartet hatte. Es zeigt sich, dass Poincarés Blick über nationalen Einheit im Grunde ein recht künstliches Gespinst gewesen ist, das weniger durch gemeinsame politische Ziele als durch gemeinsame Angst vor dem Schicksal der Währung zusammengehalten worden ist. Poincaré hatte gehofft, die Währungsstabilisierung auch über die Wahlen hinaus noch einige Zeit verhindern zu können, um das Währungsgesetz, das er absichtlich über den Wahlen hinaus liegen lassen, noch weiterhin als Prädikat benutzen zu können. Die Wirtschaftslage wirtschaftlicher und finanzieller Entwicklungen ist aber härter als die Wacht selbst eines so starken Politikers, wie es Poincaré ist. Sehr gegen seinen eigenen Willen muhte er die endgültige Stabilisierung verhindern und schon begannen die Risse in seinem Block weithin sichtbar aufzutreten. Der nationale Bündnis besteht tatsächlich nicht mehr.

Ein sehr starkes Erregungsmoment ist gegenwärtig auch das Wiederaufleben der elz-lotringischen Krise. Wider alles Erwarteten ist der Antrag der verurteilten autonomistischen Abgeordneten auf vorläufige Freilassung von der Colmarer Kammer abgelehnt worden. Die Pariser Regierung hatte auf Grund der Versprechungen mit dem Abgeordneten Dr. Haas erreichen können, dass der Antrag Walter auf sofortige Freilassung zurückgestellt wurde. Inzwischen sollte die Freilassung auf gerichtlichem Wege erreicht werden. Hierdurch wäre eine gewisse Verübung, die doch in erster Linie im französischen Interesse selbst gelegen hätte, erreicht worden. Die Entscheidung der Colmarer Anklagekammer hat Stürme der Entrüstung in der Bevölkerung Elz-Lotringens und unter den Abgeordneten Elz-Lotringens erzeugt. Schon ist die Tatsache zu bemerken, dass die autonomistische Bewegung in Lothringen sich auch in solchen Kreisen durchaus beginnt, die sich bisher zurückgehalten haben. Die Lothringische Volkszeitung dürfte sich in Zukunft noch enger als bisher dem Programm der elz-lotringischen Volkspartei anschließen. Die Abgeordnete Walter hat bereits das Präsidium der Kammer verhindert, dass er auf der Diskussion seiner Interpellation bestehen wird. So hat die französische Regierung die gesamten elz-lotringischen Abgeordneten zu geschlossener Opposition herangezogen und der Weltöffentlichkeit wieder einmal die Möglichkeit gegeben, sich über die wahre Stimmung der überwundenen Lande zu unterrichten. Glaubt man trotz der Wahlen und nach dem Verlauf des Autonomieprojektes etwa immer noch, dass die Bevölkerung Elz-Lotringens hinter den Assimilationszettungen steht? Weiß man nicht, dass diese Zeitungen praktisch nur eine Minderheit hinter sich haben?

General von Heeringen †.

(Kolberg.) In der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag starb auf dem Gute Baumwitz im Kreis Greifswald in Pommern Generalmajor von Heeringen im Alter von 77 Jahren. General von Heeringen, soviel in Magdeburg wohnhaft, lebte zur Erholung bei seinem Schwiegersohn, dem Baron Senft von Pilsach.

Reichstagsschluss auf der Breslau.

vbd. Berlin. Der Reichstagsrat des Reichstags konnte über die Zusammenfassung der Ausschüsse in seine Sitzung am Donnerstag noch zu keinem Einigsein kommen. Es ergab sich keine Möglichkeit, die Mehrheitsverhältnisse in den Ausschüssen denen des Plenum entsprechend zu ordnen. Da nicht weniger als 85 Mandate der Splitterparteien in den Ausschüssen keine Vertretung finden können, würden in mehreren Kommissionen, sollte man den bisherigen Verteilungsschlüssel anwenden, die Sozialdemokraten und Kommunisten zusammen zwar keine absolute Mehrheit haben, aber doch jede Annahme eines Antrages verhindern können. Der Reichstagsrat wird heute Freitag noch einmal über diese Angelegenheit beraten.

Oberbürgermeister Dr. Adenauer-Köln hat den Reichstag zu einem neuen der Presse eingeladen. Hierzu besteht der Reichstagsrat, dass der Reichstag dieser Einladung Gutes willkommen macht, sobald es in die Kommissionen geht.

Die Große Koalition vorläufig gescheitert.

Die Fraktionsbildung der Deutschen Volkspartei endete gegen 1 Uhr. Der Fraktionsführer Dr. Scholz bedankt sich darauf sofort zu der Befreiung mit den anderen Fraktionsvorständen bei dem Abg. Müller-Franken. Bis zur Beendigung dieser Befreiung hat die Deutsche Volkspartei beschlossen, strenge Vertraulichkeit zu wahren.

Berlin. (Funkspruch.) Nach der Sitzung der Deutsch-Volkspartei-Fraktion hat Hermann Müller eine Versprechen mit den Parteiführern gehabt, in der Dr. Scholz die Stellungnahme der Deutsch-Volkspartei-Fraktion bekannt gab. Die Parteiführerbefreiung war nur von kurzer Dauer. Von führender demokratischer Seite wird die Große Koalition als gescheitert angesehen. Sodann hat Hermann Müller die Frage an die demokratische und an die Zentrum-Fraktion gerichtet, ob sie bereit wären, in Versprechungen über Bildung einer Weimarer Koalition einzutreten. Erst nach dem Vorliegen der Antwort der beiden Fraktionen wird Hermann Müller sich zum Reichspräsidenten berufen und Bericht erstatten.

Die Antwort der Deutschen Volkspartei, die zu dieser Situation geführt hat, beharrte auf ihrem alten Standpunkt. Danach sind die 17 Punkte Hermann Müllers bereits bereit, einige oder nach allgemeiner Aussicht doch leicht in Ordnung zu bringen. Dagegen hat die Fraktion der Deutschen Volkspartei beschlossen, in der Preußenfrage eine bindende Fristsetzung über die Umbildung der Regierung im Juli zu verlangen und in der Frage des Baus des Panzerkreuzers ihren Standpunkt zu erhalten, sowie auch den Verfassungstag weiter abzulehnen. In der Frage des Steuer-Erlösenministers, das nach der Forderung der Sozialdemokratie von 120 auf 140 Mark erhöht werden soll, hältte sich mehrheitlich eine Verständigung finden lassen auf der Basis, dass auch die volksparteilichen Steuerforderungen in die Prüfung einzbezogen werden wären. Da aber die Vorabschaltung für die Bildung der großen Koalition in allen Punkten nicht gegeben war, so fanden weitere Verhandlungen nicht mehr in Frage, zumal auch die Bayrische Volkspartei den Verfassungstag als Nationaltag abgelehnt hat.

Damit erübrigte sich auch der Gedanke der Erweiterung der Weimarer Koalition durch Hinzuziehung der Bayrischen Volkspartei.

Die weitere Entwicklung liegt nun bei den Entscheidungen der Fraktionen des Zentrums und der Demokraten und in dem Bericht, den Hermann Müller anschließend vor dem Herrn Reichspräsidenten unterbreiten wird.

Berlin. (Funkspruch.) Nachdem der Abg. Dr. Scholz die Befreiung der Parteiführer verlassen hatte, bei Abg. Müller-Franken, wie das Nachrichtenbüro des B. D. J. hört, nach dem Scheitern der großen Koalition die anderen Parteiführer, die Abg. Wels (Soz.), von Guérard (Deut.), Koch (Demokrat) und Leicht (Bayr. Volkspartei) bei ihren Fraktionen eine Entscheidung darin herbeizuführen, ob sie zu Verhandlungen an der Grundlage der sogenannten Weimarer Koalition bereit seien.

Die Parteiführer begaben sich zur Beratung über diese neue Frage zu ihren Fraktionen. Die ist sofort zusammengetreten. Sitzung des Zentrums war nur von kurzer Dauer. Die Fraktion nahm lediglich einen Bericht ihres Führers v. Guérard über die Parteiführer-Verhandlungen entgegen. Im Anschluss daran trat sofort der Vorstand der Zentrum-Fraktion zusammen. Die Fraktionsbildung der Sozialdemokraten, die sich mit denselben Angelegenheiten beschäftigen wird, beginnt um 4 Uhr, die der Demokraten um 5 Uhr.

Berlin. (Funkspruch.) In der nur im Reich entstandenen politischen Situation wird dem B.D.J. aus unterschiedlichen preußischen Kreisen versichert, dass schon aus technischen Gründen vor den ersten Julitagen keine abschließenden Verhandlungen stattfinden können, weil das Zentrum erst zu diesem Termin seine Fraktion einberufen habe. Außerdem, so wird dem Nachrichtenbüro aus parlamentarischen Kreisen noch gemeldet, wird das Vorhaben der Volkspartei am folgenden Tag des Panzerkreuzers als erschwerend für die Preußenfrage insofern betrachtet, als Preußen es war, das im Reichstag die Führung im Kampfe gegen den Van dieses Schiffs hatte.

Zur Regierungsumbildung in Preußen.

Berlin. (Funkspruch.) Im Laufe des heutigen Freitags haben sich, wie wir hören, führende Mitglieder der preußischen Koalitionsparteien bemüht, festzustellen, ob von diesen Parteien der Deutschen Volkspartei eine bestimmte Zustimmung für die Bildung der großen Koalition in Preußen im Herbst 1928 gegeben werden könne. Dabei ergab sich, dass vor Zustimmung des Landtages am 10. Juli eine entsprechende Stellungnahme der beteiligten Fraktionen nicht zu erreichen ist.

Die Lage am gestrigen Abend.

vbd. Berlin. Der Donnerstag hat in den Verhandlungen über die Bildung der Reichsregierung insofern eine Wendung gebracht, als sich die Unmöglichkeit erwiesen hat, die bisherige Verhandlungsmethode fortzusetzen d. h. in einem aus den Nachreferaten aller beteiligten Fraktionen zusammengeschlossenen großen Kreisum alle zum Arbeitsplenum des neugewählten Reichstags gebrochen Vorlagen eingehend

zu besprechen. Als gestern vormittag zwei Stunden lang in dieser Weise das Regierungsprogramm weiter durchberaten war, musste der Verhandlungsführer Abg. Müller-Franken feststellen, dass die Differenzen so nicht auszugleichen seien. Er hatte sich schon entschlossen, dem Reichspräsidenten nochmittags einen Besuch zu machen. In den Wandergängen des Reichstags herrschte beständiges Optimismus und die allgemeine Aussicht ging dahin, dass der Versuch der Bildung einer Großen Koalition gescheitert sei und nun andere Wege gesucht werden müssten.

Bei bemerkte wurde ein Besuch, den bald nach dem ergebnislosen Abschluss der interfraktionellen Befreiung der Staatssekretär des Reichspräsidenten Dr. Meissner dem Abg. Müller-Franken im Reichstag mache. Bald darauf war aber von dem geplanten Besuch des Abg. Müller-Franken beim Reichspräsidenten keine Rede mehr. Gestern hatten die Optimisten wieder Übermuster, die aus der Erfahrung, dass Abg. Müller für 8 Uhr nachmittags eine Fraktionsführerbefreiung einberufen hatte, neue Hoffnung schöpften. Die Optimisten sollten Recht behalten.

Die Konferenz, an der diesmal nur die Fraktionsvorsitzenden der für die Große Koalitionsregierung in Aussicht genommenen Fraktionen unter Ausschaltung der „Sozialisten“ teilnahmen, war schon nach kurzer Zeit beendet und als ihr Ergebnis wurde mitgeteilt, dass von den vielen vormittags noch scheinbar unüberwindlichen Schwierigkeiten nur vier Streitpunkte übrig geblieben sind: Verfassungstag, Panzerkreuzer, Preußenfrage und die Frage der Umbildung der preußischen Regierung. Auch diese Streitpunkte würden aber, so wurde hoffnungsvoll versichert, sich auf dem Wege gegenseitigen Entgegenkommens wahrscheinlich ausgleichen lassen. Dieses Entgegenkommen müsste sich zwischen Volkspartei und Sozialdemokratie vollziehen. Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei hatte schon für heute 10 Uhr ihre Sitzung anberaumt. Um 12 Uhr wollten die Fraktionsführer ihre Befreiung in dem gleichen engen Rahmen wie gestern fortsetzen und nachmittags wird dann die sozialdemokratische Fraktion sitzen. Die Fraktionen, die am Donnerstag nachmittag tagten, nahmen lediglich den Bericht ihrer Führer entgegen. Augenblicklich herrschte Optimismus, aber wer Recht behält, wird sich frühestens am späten Nachmittag sagen lassen.

* Berlin. (Telenum.) Die demokratische Reichstagsfraktion hielt am Donnerstag nachmittag eine Fraktionsbildung ab, in der die Abgeordneten Koch-Weyer und Dietrich-Baden über die bisherigen Verhandlungen zur Regierungsbildung Bericht erstatteten. Es herrschte die Auffassung, dass die Verhandlungen über die Bildung der Großen Koalition noch nicht gescheitert seien, sondern dass bei gegenseitigem Entgegenkommen eine Lösung durchaus möglich sei. In der Fraktionsbildung nahmen auch Vertreter der demokratischen preußischen Landtagsfraktion, u. a. die Minister Hoeptz-Nitsch und Dr. Schreiber teil. Seitens der Vertreter der preußischen Landtagsfraktion wurde auf die gemeinsame Erklärung der preußischen Regierungsparteien zur Regierungsbildung verwiesen. An dem hier niedergelegten Standpunkt hat sich nichts geändert.

* Berlin. Die „Tägl. Rundschau“, die in Zeitdruck hervorruft, dass der Gedanke der Großen Koalition noch von keiner Seite aufgegeben worden ist, erklärt, in der Auffassung der Regierung in Preußen liege nach wie vor der Kernpunkt des ganzen Problems. Bleiben Regierung und Koalition in Preußen auf dem bisherigen ablehnenden Standpunkt bestehen, so werden auch die sachlichen Verbündungen im Reich nicht zu einem guten Ende geführt werden können, selbst wenn man tatsächlich einander näher kommen sollte.

Der „Vorwärts“ ist gestern ebenfalls auf einen ganz anderen Ton gekommen als gestern. Wenn er auch erklärt, dass die Gegenseite der Klasseninteressen, die in den Verhandlungen so scharf hervorgehoben sind, nicht beseitigen lassen, so hält er doch die Möglichkeit für gegeben, dass eine Verständigung über die Zusammenarbeit auf umgrenzten Gebieten zu erreichen sei, und zwar im Sinne des Wahlergebnisses vom 20. Mai, das die eindeutige Wahlung bedeutet, den Regierungskurs nach links zu drehen. Das Blatt wiederholt schließlich, die Sozialdemokratie wolle die Führung behalten; der Versuch mit der Großen Koalition sei nicht der einzige mögliche, nicht der letzte. Sowie die Sozialdemokratie aber auf unüberwindliche Widerstände, dann sei ihr gegebener Platz in der Opposition.

Der Reichstagsrat des Reichstages

stand heute nach längerer Beratung einen komplizierten Verteilungsschlüssel, nach dem die Reichstagsausschüsse von den verschiedenen Fraktionen besetzt werden sollen, so dass die Mehrheitsverhältnisse in den einzelnen Ausschüssen ungefähr denen im Reichstagsplenum entsprechen. Der Vorwärts in den wichtigsten Ausschüssen fiel der Kürkert, nämlich der sog. Fraktion zu; es sind dies der Ausschuss der Handelskammer, der Überwachungs- und der Wirtschaftspolitische Ausschuss.

Berner beschloss der Reichstagsrat, dass die Splitterparteien auch künftig bei großen Debatten nur in der 2. Riede vertreten werden, obwohl es sich dabei um die gemeinsame Riede handelt, die die gleiche ist wie die einer Fraktion.